

Speech  
Kiel, 17.07.2015

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **Gedenkstätten sollten Denkstätten werden**

*Jette Waldinger-Thiering zu TOP 27 - 70 Jahre nach der Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft: Politische Verantwortung für historische Erinnerung*

„Ein Ort, an den man gerne geht“. Das ist der provokante Titel einer politikwissenschaftlichen Untersuchung über das Holocaust-Mahnmal in Berlin, das sich tatsächlich zu einem Publikumsmagneten entwickelt hat. Damit hat das Mahnmal viel zur Auseinandersetzung mit der Verfolgung und Ermordung europäischer Juden durch das NS-Regime beigetragen.

Auch Gedenkstätten brauchen Besucherinnen und Besucher; gerade weil sie Gewalt bezeugen. Die Konfrontation mit der Vergangenheit ist unumgänglich. Sie ist nicht vorbei, weil es keine Zeitzeugen mehr gibt, denn unsere Verantwortung lebt weiter. Die kritische Erinnerung an Herrschaft, Verbrecher und Verfolgte des Nationalsozialismus müssen gesellschaftsnah und mit modernen Mitteln erfolgen, auch um den Nachgeborenen die Chance für die Auseinandersetzung der Geschichte zu geben.

Schleswig-Holstein hatte in dieser Hinsicht einen enormen Nachholbedarf.

Der Grund liegt auf der Hand: viele Funktionäre des NS-Regimes konnten ihre

Karrieren der Gewalt fast nahtlos im demokratischen Deutschland fortsetzen und besetzten Schlüsselpositionen bei Polizei, Justiz und Behörden Schleswig-Holsteins. Im Norden bestand ein gesellschaftlicher Druck, keine Fragen nach Schuld und Verantwortung zu stellen oder, wenn überhaupt zu marginalisieren und zu entpersonalisieren; also Schuldige nicht zu benennen. Die Konsequenzen dieser Verleugnungspolitik spüren wir bis heute. So erhielt Schleswig-Holstein erst im letzten Jahr erstmals Bundesmittel für eine Gedenkstätte. Eine bittersüße Premiere, die einen enormen Nachholbedarf symbolisierte.

Es ist ein großer Verdienst der Bürgerstiftung, nicht nur die Erneuerung der Erinnerungsarbeit anzumahnen, sondern sich praktisch für die politische Umsetzung zu kümmern. Dieses bürgerschaftliche Engagement ist der richtige Weg, Erinnerungspolitik im Land zu verankern.

Die Rahmenbedingungen für diese Arbeit müssen allerdings dringend verbessert werden. Die Professionalisierung der Gedenkstättenarbeit ist die Grundlage für eine nachhaltige Arbeit. Das Ehrenamt braucht ein Gerüst, auf das es sich verlassen kann. Ohne Profis geht es nicht in den Gedenkstätten, denn diese sichern die fachliche Arbeit. Das können wir besonders gut an der Neuausrichtung der Gedenkstätte in Ladelund erkennen.

Die Neustrukturierung der Bürgerstiftung bietet dem Landtag die Möglichkeit, sich als demokratischer Akteur in die fachliche Arbeit einzubringen. Uns Politikerinnen und Politikern wird schließlich nicht zu Unrecht vorgeworfen, in ritualisiertem Erinnern zu erstarren. Darum begrüßt es der SSW ausdrücklich, dass sich der Landtag in die Pflicht nehmen lässt, an der Gestaltung der Gedenkstättenarbeit mitzuwirken.

Wir Pädagogen wissen das: Sachen, also Gebäude oder historische Gegenstände des täglichen Lebens, sprechen nicht für sich selbst. Kinder und Jugendliche müssen sich Dinge erst aneignen; am besten mittels einer Erklärung bzw. eines persönlichen Gesprächs. Erinnerungsstätten verbürgen weder die historische Gewalt noch erklären sie diese. Sie bezeugen, zu was Menschen fähig sind. Gedenkstätten sollten Denkstätten werden. Reingehen, gucken und abhaken – das ist eben gerade nicht im Sinne einer politischen Erinnerungsarbeit, die versucht, Mechanismen des Machtmissbrauchs zu verdeutlichen. Nur mit lebendiger Auseinandersetzung können wir das Gedenken fruchtbar für unsere Zeit nutzen.

Die Auseinandersetzung muss sich ändern, weil sich die Menschen ändern. Wir sprechen und denken heute im Duktus des 21. Jahrhunderts. Daran muss die Gedenkstättenarbeit anknüpfen. Gedenkstättenarbeit wird sich

ändern, weil wir nach dem Tod der letzten Überlebenden mit größerer Distanz die Vergangenheit aufarbeiten können. Es sind eben vielerorts nicht mehr die Elterngenerationen der Besucherinnen und Besucher, sondern die der Groß- und Urgroßeltern. Daher können Fragen nach Schuld in gewisser Weise schonungsloser gestellt werden. So harrt die Frage nach dem Umfang der so genannten Arierisierung, also des Raubs jüdischen Vermögens, immer noch der Klärung, auch in Schleswig-Holstein.

Das kann moderne Gedenkstättenarbeit leisten und wir sollten die Chance nutzen; sieben Jahrzehnte nach der Befreiung.